

# Bekleidungs-gewerkschaft

GESCHAFTSSTELLE VENLOER WALL 9  
FERNSPRECHER NUMMER 57259

Erscheint alle 14 Tage Samstags u. kostet durch die Post  
1,00 RM für das Vierteljahr - Anzeigenpr. für die sechs-  
gesp. Colonellzeile 20 Pf. Stellengesuche u. -Angebote  
kosten die Hälfte - Geldsend.: Postscheckk. 3596 Köln

Organ des Verbandes christl. Arbeitnehmer  
des Bekleidungs-gewerbes und der Gruppen der  
Hutarbeiter, der Friseure und Friseurinnen

Nummer 1/2

Köln, den 23. Januar 1932

29. Jahrgang

## Und dennoch Kopf hoch!

„Auf der gegenseitigen Beeinflussung von  
Einzelwesen und Gemeinschaft beruht der  
Fortschritt unserer Kulturwelt.“

Das ist der Leitgedanke, den Professor Eriks-Somso  
seinem Buche „Politik“ zugrundelegt. Wer die Ge-  
schichte in unserem deutschen Vaterlande im Jahre  
1931 objektiv zu würdigen sucht, wer bewußt Ab-  
stand nimmt vom dem Interessentrieb parteipoli-  
tischer und sozialer Tagesmeinung, der kann die  
Wahrheit dieser Worte nur zu unterschreiben. Die  
Politik, d. h. in erster Linie die allgemeine Staats-  
politik, ist unser Schicksal geworden. Niemand kann  
sich diesem Schicksal entziehen. Und wer es dennoch  
versucht, wer unter Verletzung des Gemeinschafts-  
interesses und unter Schädigung des Sozialrechtes  
seiner Mitmenschen seine unsozialen Sonderinteressen  
verfolgt, der gefährdet nicht nur den Bestand unserer  
Kultur, sondern auch ihre zukünftige Fortentwicklung.

Wenn wir an der Schwelle des neuen Jahres das  
vergangene überblicken und mit bangen Sorgen in  
die Zukunft schauen, dann erkennen wir so recht die  
Verbundenheit der Einzelwesen und der verschiedenen Gruppen mit  
dem Gesamtfortschritt unserer Kultur. Der  
Dunkel der Gegenwart zu entwirren, dazu genügen  
weder Lehrgänge noch soziale Interessenkämpfe. Und  
erst recht nicht parteipolitische Gerede. Gewiß hat  
alles dieses seinen Wert. Wer wollte es leugnen.  
Aber wichtiger ist im Augenblick der ernste Wille des  
Einzelnen, unter Hinzustellung so mancher  
berechtigten Einzelwünsche seine Kräfte in  
den Dienst der Volksgemeinschaft zu stellen. Will das  
deutsche Volk wieder politisch frei werden, dann muß  
es sich frei machen von der Gewohnheit, alles von  
seinem partei- oder interessenpolitischen Blicks-  
punkte zu sehen. Reichsanstalt Dr. Brüning  
lagte in einer Rede am 3. November: „Wer ist denn  
überhaupt in der Lage, dieses Weltbild, das sich seit  
einem Jahre entwickelt hat und sich von Tag zu Tag  
verändert, in seiner Gesamtheit und in seinem be-  
deutenden Einzelzügen gleichzeitig zu überblicken?“  
Wenn dem so ist, wenn die Gesamtlage so unübersicht-  
lich ist, daß der gewöhnliche Sterbliche sie nicht klar  
erkennen kann, dann muß an Stelle der  
gegenseitigen Beschuldigungen, an  
Stelle der Verleugung des Gegners  
wieder das Vertrauen zur Führung  
und die opferbereite Mitarbeit treten.  
Leider bieten die Ereignisse der letzten Wochen noch  
wenig Hoffnung auf Besserung in dieser Hinsicht.

Der hier wiederholte Gedanke der Volksgemein-  
schaft findet nach leider so vielen bösen Erfahrungen  
in Arbeiterkreisen wenig Glauben mehr. Man er-  
kennt seine Richtigkeit an. Aber man sieht zugleich,  
daß diejenigen, die sich Wirtschaftsführer nennen,  
meist nur reine Interessensvertreter sind. Das Organ  
des Christlichen Holzarbeiterverbandes sagte in seiner  
Neujahrsbetrachtung: „Dieses Flasko eines großen und  
schönen Gedankens (des Volksgemeinschaftsgedankens  
b. V.) beruht auf dem Versagen des Führer-  
gedankens. Jede Gemeinschaft erhält Kraft und  
Leben durch ihre Führer, in ganz besonderem  
Maße die Volksgemeinschaft. ... Wir hatten in der  
bittersten Zeit jüngster Vergangenheit viel, zuviel  
von den falschen Führern, größere und kleinere. Ein  
wenig hat die Probezeit der Not unter ihnen auf-  
geräumt, aber wohl längst sie nicht ausgerottet.  
Unser großer Gedanke der Volksgemein-  
schaft ist in äußerster Bedrängnis geraten.“ — Und  
dennoch! Dennoch bleibt dieser „große und schöne Ge-  
danke“ richtig und wahr. Aus den Folgen der Miß-  
achtung dieses Gedankens erkennt man so recht seinen  
Wert. Genau so, wie man aus den Folgen der Miß-  
achtung des Gebotes der Nächstenliebe den großen  
Wert dieses Gebotes und ersten Gebotes christlicher  
Grundsätze erkennt.

Der deutschen Arbeitergemeinschaft sind im vergan-  
genen Jahre Opfer aufgelegt worden, wie nie zuvor.  
Wenn sie diese Opfer erträgt, dann nur in dem Glau-

ben, daß sie für die Rettung des Volkes notwendig,  
daß sie nicht vergeblich gebracht sind, aber auch  
gleichzeitig mit dem berechtigten Verlangen, daß die Lasten  
gleichmäßig verteilt werden. Die organisierte Ar-  
beitergemeinschaft — und sie allein wird seitens der Arbeit-  
nehmerkreise letzten Endes die Arbeiterrechte wahren  
und maßgeblich beeinflussen — hat begriffen, daß es  
im gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen  
Kampfe um Rechte in der deutschen So-  
zialpolitik geht. Sie schaut sich die Führer der  
deutschen Politik an, ob sie in ihren Fähigkeiten und  
menschlichen Qualifikationen Vertrauen ver-  
dienen. Agitarisches Phrasengeklammer bietet noch  
lange nicht die Gewähr für dieses Vertrauen.

Nun hat der Reichsarbeitsminister Dr. Steger-  
wald in mehreren Reden die Grundlinien  
der Sozialpolitik der gegenwärtigen  
Reichsregierung dargelegt. Er nannte drei  
wichtige Aufgaben: erstens die Aufrechterhal-  
tung der Währung, zweitens die Erhal-  
tung des kollektiven Arbeitsvertrages  
und des staatlichen Lohnschutzes  
(also des Tates- und Schlichtungswesens), und endlich  
die Sozialversicherung über die größte, sie  
je betrogene Krise hindurchzuführen. Das geht den  
reaktionären Kreisen im Unternehmerlager gegen den  
Strich. Sie haben ja ganz offen von der Reichsregie-  
rung die „zeitweilige“ Aufhebung des Tarif-  
und Schlichtungswesens verlangt und auch die Sozial-  
versicherung dauernd als nicht haltbar verurteilt. Daß  
viele aus diesen Kreisen in den kritischen Sommer-  
monaten mit dem Gedanken einer neuen Inflation  
liebäugelten, vervollständigt nur ihr Charakteristik.  
Diesen Herrschaften geht der Volksgemeinschafts-  
gedanke und die Erkenntnis der Volksgemeinschafts-  
verbundenheit vollständig ab. Es bleibt die Aufgabe der Gewerks-  
schaften, sich diesen verwerlichen Bestrebungen mit  
aller Kraft zu widersetzen. Aber schon machen sich die  
Unkenrufe bemerkbar: „Ja, die Reichsregierung mag  
den guten Willen haben, aber sie kann das nicht  
schaffen. Es ist doch alles verloren.“ Solchen Kuch-  
tamen und Feingläubigen Menschen rief Minister  
Stegerwald folgendes ins Gedächtnis: „Wir haben  
den Krieg überstanden, die Ruhrbesetzung, die größte  
Inflation der Geschichte und die gewaltige Banken-  
und Geldkrise des letzten Sommers. Wir mühten  
Trottel sein, wenn wir uns nicht die Kraft zurouten  
zur Meisterung des Restes der Schwierigkeiten.“  
Und er fügte hoffnungsfreudig hinzu: „Wir über-  
stehen das Jahr 1932 ebenso, wie wir  
den Winter 1930/31 überstanden haben  
und wie wir den Winter 1931/32 über-  
stehen werden.“ Allerdings knüpfte er die sehr  
richtige Mahnung an: „Für Bequemlichkeitmenschen  
freilich ist in den nächsten Jahren in Deutschland kein  
Platz. Wer vor größeren wirtschaftlichen und poli-  
tischen Aufgaben gestellt wird, muß schwer arbeiten.“

Auch die Gewerkschaftsbewegung hatte  
im vergangenen Jahre schwere Belastungsproben  
auszuhalten und wird sie erst recht in diesem und den  
nächstfolgenden aushalten müssen. Aber trotz aller  
Angriffe von reaktionärer und radikaler Seite blieben  
die Grundlagen unerschüttert. Gewiß  
ist infolge der Not der Zeit ihre Finanzkraft aufs  
äußerste angepannt. Dennoch vermochte sie in der  
Abwehr arbeitserfeindlicher Tenden-  
zen und in der Vinderung sozialer Not  
durch ihre sozialen Hilfsanstalten weit mehr als  
all die gewerkschaftsfeindlichen Kritiker innerhalb  
und außerhalb der Arbeiterchaft zu leisten. Wo sind  
die sozialen Erfolge der Unorganisierten, der kommu-  
nistischen, gelben oder sonstigen Gewerkschaftsple-  
bieren? Wir brauchen ihre Konkurrenz bei den echten  
Leistungen wirklich nicht ernsthaft zu befürchten.  
Auch für die Zukunft wird die Arbeit  
der Gewerkschaften der strebenden Ar-  
beiterchaft unentbehrlich sein.

Die Gewerkschaftsarbeit dient aber  
nicht nur der Arbeiterchaft, sondern

ebenso sehr dem ganzen Volke und dem  
Vaterlande. Nur Böswilligkeit oder Ignoranz  
kann das übersehen. Oder kann man überhaupt glauben,  
daß ohne starke Gewerkschaften das deutsche  
Volk die Wirnisse unserer Zeit ruhig überleben  
könnte? Wir glauben, daß ohne sie eine fortlaufende  
Kette revolutionärer Erschütterungen Staat, Wirt-  
schaft und soziale Ordnung in ihren Grundfesten tref-  
fen und unsere ganze Kultur in Frage stellen würde.  
Das erkennen die umsturzlustigsten Elemente in un-  
serem Volke rechts und links durchaus. Darum ihr  
verbitterter Kampf gegen die Gewerkschaften. Wer-  
den es endlich auch diejenigen erkennen, die mit uns  
in erster Linie ein Interesse an eine geordnete  
Sozial- und Kulturgemeinschaft haben?

Auch in unserem Gewerbe, im Bekleidungs-  
gewerbe, war das zurückliegende Jahr äußerst  
schwer, und unsere Gewerkschaftsarbeit mühe- und  
sorgenvoll. Jedoch trotz der Gewalt der gerade uns  
besonders hart treffenden Krise nicht erfolglos. Man  
braucht nur die maßlosen Abbauforderungen der  
Arbeitgeber in den verschiedenen Branchen und das  
Ergebnis der Aktionen gegeneinander abzuwägen,  
um das zu erkennen. Gewiß haben wir sozialrecht-  
liches und tarifliches Gelände opfern müssen. Unreife  
Arbeitgeber waren in ihren rückwärtsgerichteten  
Wünschen und Forderungen möglicherweise noch maß-  
loser als diejenigen anderer Wirtschaftszweige. Man  
kann uns schon nicht vergeben, daß  
wir in den zurückliegenden Jahres-  
zeiten (nicht erst als Revolutionsstöße)  
die Bekleidungsarbeiterchaft aus der  
unwürdigsten Lage, die die deutsche  
Arbeiterchaft überhaupt kannte, her-  
ausgehoben haben. Will man sie wie-  
der in diesen Zustand zurückwerfen?  
Fast will es so scheinen, wenn man all den Lohndruck,  
die maßlosen Tarifabbauwünsche und die ständigen  
Angriffe auf die verbesserte Lage der Beteiligungs-  
arbeiterchaft gegenüber früher als Anzeichen für die-  
sen reaktionären Willen betrachtet. Die Arbeitgeber,  
insbesondere Handwerksmeister, sollten bedenken,  
daß auch ihre Lage mit der Besserung  
der Lage ihrer Arbeiterchaft gehoben  
wurde. Vor einigen Jahren sprach das in anderer  
Form ein Arbeitgeberpublikum aus, als er meinte:  
Die Bekleidungsindustrie müge bedenken, daß noch  
kein Wirtschaftszweig durch ungenügende und un-  
soziale Lohngestaltung gesund geworden ist. Wird  
man jetzt im Arbeitgeberlager erkennen, daß ein  
Zurücktreiben der Löhne auf einem für die Arbeit-  
nehmer untragbaren Stand auch ein Absinken des  
ganzen Gewerbes, also auch der Unternehmungen,  
im Gefolge hat? Alles das nach oben und nach unten  
seine Grenzen. Auch in unserem Gewerbe bleibt uns  
also für die Zukunft Arbeit über Arbeit in bezug auf  
Abwehr und Wiederaufbau.

Trotz allen Nöten und allen Schwierigkeiten steht  
das deutsche Volk zu Beginn des neuen Jahres  
nicht hoffnungslos seinem Schicksal gegen-  
über. Sicher liegt vieles noch dunkel vor uns. Vieles  
hängt von der staats- und außenpolitischen Entwick-  
lung ab. Da die Not nicht allein bei uns, sondern  
in der ganzen Welt, mit wenigen Ausnahmen, groß  
ist, darf man doch endlich hoffen, daß die kommenden  
weltpolitischen Verhandlungen aufge-  
schlossene und tatbereite Unterhändler finden. Dieser  
Hoffnung gab vor kurzem auch der bekannte englische  
Nationalökonom John M. Keynes in einer Rede  
in Hamburg Ausdruck, als er zum Schluß seiner Rede  
meinte: Deutschland möge versuchen, sich der Un-  
gewißheit noch für wenige Monate gemächlich zu  
zeigen. Wahrscheinlich werde Deutschlands Ausbauer  
und Beharrlichkeit es dann in die Lage versetzen,  
den Lohn eines Abkommens zu ernten,  
dessen Bedingungen man noch vor  
einem Jahr mit Triumph begrüßt  
haben würde.

Auch unsere eigene innerpolitische und wirtschaft-  
liche Lage ist nicht hoffnungslos. So schreibt Bern-  
hard Ditt, der Vorsitzende des Gesamtverbandes  
der christlichen Gewerkschaften: „Nichts wäre verfeh-  
ter, als mit Hoffnungslosigkeit die bergseitigen Ver-  
hältnisse zu betrachten. Wir dürfen die bergseitigen

de te Hoffnung haben, daß die seitherigen Opfer nicht vergeblich waren. Diese Hoffnung wird zur Gewissheit, wenn das deutsche Volk im neuen Jahre den inneren Haß und parteipolitischen Streit mehr zurückstellt und in verstärkter Einigkeit seine noch ungebundene Kraft für die zukünftige Gestaltung der Dinge einsetzt.

So müssen und wollen wir die Dinge sehen. Wir als Arbeiterschaft und als Gesamtheit. Gerade die Arbeiterschaft hat das größte Interesse, daß aus dem drohenden Chaos eine lichtreichere Zukunft werde. An ihr wollen wir mitbauen trotz allen erlittenen Unfreundlichkeiten. Wir christliche Gewerkschaftler müssen über einen großen Fundus Opfer- und Tatkraft im Willen zur Mitgestaltung einer lichten Zukunft verfügen. Folgen wir den Männern, die lange Jahre in unseren Reihen wirkten und deren politische Meinung in der Staatsführung wohl, nicht aber ihre laute Besinnung, ihre hochgemute Tatkraft und ihre stilllich-stärke Kraft in der Führung ihrer Geschäfte angefangen werden können. Kopf hoch und ganze Kraft für unseren Stand und unser Volk! B. B.

## Die Preissenkung

ss. Bis vor einigen Monaten war von einer Senkung der Preise für Artikel, die im Haushalt der großen Masse der Bevölkerung eine Rolle spielen, wenig zu merken. Das ist jetzt einigen Wochen anders geworden. Auch der frühe Festmüt wird die erfreuliche Tatsache feststellen müssen, daß — abgesehen von den öffentlichen Betrieben — die Preise auf der ganzen Linie merklich gesunken sind. Bis dahin waren nur die Einkommen der Arbeitnehmenden mehr und mehr vermindert worden, die von der Regierung verpfändete und geforderte gleichzeitige Preissenkung jedoch schickerte an der eisernen Front der Preisdiktatoren, die jeden Außensteiler, unter Mithilfe ihnen Recht gebender Geschäftsleute in kurzer Zeit „erledigten“. Nun haben auch sie unter dem Druck der Regierung des Preiskommissars und ganz besonders der öffentlichen Meinung nachgeben müssen. Aber immer noch zögernd und um eine Stufe, die noch lange nicht den Lohnausfall wegmacht. Die Preisabsenkung muß in Fuß gehalten werden, und zwar durch die Käufer, insbesondere die Hausfrauen selber, die den lauten Willen der Regierung und des Preiskommissars wirkungsvoll und bestmöglich unterstützen müssen.

Die besten Helfer und Bundesgenossen der auch jetzt noch auf vielen Gebieten des täglichen Bedarfs überhöhten „Klempreise“ sind jene Leute, die ihre Sterbegeladen schon bei der Geburt läuten hörten und in einer geradezu labilistischen Freude am schwarzen Preismisus propagieren, daß alles Handeln auch in der Preisentwertung nutzlos sei. Betommen sie in der öffentlichen Meinung Oberwasser, dann stellen sich die Preise sehr bald wieder darauf ein, sie flackern schneller und grünlicher nach oben als vorhin. Wenn jedoch die Käufer offenbare Tatkraft anwenden, an der weitesten Senkung mitarbeiten, werden wir sehr bald die Preise so weit herunterdrücken vermögen, daß sie den gegebenen Verhältnissen entsprechen. Man muß das Eisen schmieden, solange es warm ist. Jetzt ist der Augenblick gekommen, der über die künftige Preisgestaltung und Wirtschaftslage entscheidet. Zunächst: Wer kaufen kann, der soll es tun. Aber nicht wahllos und willkürlich, sondern nach dem gebiegenen Grundsatze, den wir immer wieder ausgesprochen haben: das Notwendige und Nützliche in guter Qualität beim billigsten Kaufmann. Die Produktion überflüssiger und schädlicher Waren muß ausgeschaltet werden zugunsten des lebenswichtigen und förderlichen

Bedarfs. Aber auch dafür soll nicht jeder geforderte Preis bezahlt werden. Hier hat die Hausfrau eine eminent volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Sehr oft steht sie auch heute noch auf dem bequemeren Standpunkte: Was gut ist, ist auch teuer, und was teuer ist, ist auch gut. Selbst wenn sie dabei mehrfach bereingefallen ist. Ihr ist eben auch die kleine Mühe des Fragens zuviel, sie läßt sich lieber von redegewandten Verkäufern beschwären oder von falschen Rückschlüssen leiten, die gerade heute unangebracht sind. Die Hausfrau soll heute mit harter Rücksichtlosigkeit die Kaufleute zwingen, mit ihren Preisen herunterzugehen, selbst unter Aufgabe aller Geschäftsverbindungen. Sie erhöht dadurch nicht allein die Kaufkraft ihres eigenen schmalen Geldbeutels, sondern hilft mit daran, daß infolge der erhöhten Kaufkraft die Läger schneller geleert und dadurch auch die Produktion in einem schnelleren Gang gebracht und ebenfalls zur billigeren Belieferung gezwungen und instand gesetzt wird. Verachtet die Kellame! Wer da kostspielige Kellame machen muß, bei dem kommt irgend etwas nicht. Zudem muß der Käufer die Kellame stets mitbezahlen. Kauft gerade von der schreiendsten Kellame möglichst weit ab. Sie will euch nur überdöseln. Laßt bei euren Einkäufen nur euer eigenes gesundes Urteil sprechen.

Weiter soll man nicht damit fargen, das Lob des braven Mannes, das heißt, des billigsten Kaufmannes, zu fingen. Man soll auf keinen Fall die billige Einkaufsquelle für sich behalten, schon aus berechtigtem Eigeninteresse nicht. Denn wenn der billige Kaufmann nicht viel verkauft, mag ihm bald die Kiste ausgehen und er sich gezwungen sehen, den Grundsatz: Großer Umsatz, kleiner Nutzen, wieder in sein Gegenteil zu vertehren. Notwendig ist für diesen billigen Kaufmann mit allen geeigneten Mitteln zu werden, damit sein Beispiel allenthalben Nachahmung finde, und sich die Spreu von Weizen scheide, das heißt, nur die gesunden Kaufleute unter den viel zu vielen unthätigen und bequemeren noch übrig bleiben.

Nicht eindringlich genug kann in dieser Notzeit gefordert werden, keine ausländische Ware zu kaufen, wenn ein gleichwertiges und gleichbilliges deutsches Erzeugnis vorhanden ist. Mit der alten deutschen Mittelte, das Fremde gegenüber dem eigenen Guten zu bevorzugen, nur weil es fremd und darum „feiner“ ist, sollte endlich radikal Schluss gemacht werden. Jedes fremde Stück Ware, das du kaufst, verhindert die Wiederbeschaffung deutscher Arbeiter, vermindert die deutsche Wirtschaftskraft, führt uns noch weiter nach unten und noch tiefer in ausländische Schuldverschuldung. Jedes deutsche Stück Ware aber ist ein Kaufstein zur Wiederbeschaffung unserer Erwerbstätigen.

Den stärksten Widerstand leisten die Preise der öffentlichen Betriebe. Bei der Senkung der Löhne ihrer Arbeiter waren sie schnell bei der Hand. Ihre Preise aber behaupten sie unerhörlich. Sie sind einmal eingerichtet worden, um den Konsumenten zu schätzen gegen die kapitalistische Ausbeutung bei dem lebenswichtigsten Bedarf. Nunmehr mißbrauchen sie ihre Monopolstellung, um den Konsumenten unter Ausnutzung ihres ganzen behördlichen Apparates und aller behördlichen Druckmittel zur Zahlung der überhöhten Monopolpreise zu zwingen. Um so härter muß die öffentliche Meinung gegen das Preisdiktat der öffentlichen Betriebe mobil gemacht werden, und alle müssen daran mitwirken, indem sie auch hier immer wieder die Forderung erheben: Runter mit den Preisen!

## Der Gesamtverband zur Lage

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hielt am 21. und 22. Dezember eine Tagung in Königswinter ab, die ganz im Zeichen der drängenden Weltnot stand. Auch die Redakteure der Gewerkschaftszeitung nahmen daran teil.

Der erste Tag war von einer ernten, lauthellen Aussprache über die Zeitlage ausgefüllt. Sie wurde durch ein Referat von Bernhard Otte über „Die gegenwärtige Lage in Verbindung mit den Regierungsmassnahmen und ihre Rückwirkung auf unsere Bewegung“ eingeleitet. Referat und Aussprache brachten die Anerkennung zum Ausdruck, daß die vierte Nationalversammlung eine Tat von bedeutendem Ausmaße darstelle. Aber es wurde die große Sorge nicht verhehlt über die ungewisse neue Beziehung der Arbeiterschaft. Ebenso wurde die Sonderbelastung der Bergarbeiter und der Arbeiter öffentlicher Betriebe unter berechtigter Kritik gestellt. Die Stellungnahme, die Reformen und Wünsche der Bewegung kamen in folgender Entschiedenheit zum Ausdruck:

„Nach wie vor stellt wirtschaftliche und politische Not schwer auf dem deutschen Volk, insbesondere auf der deutschen Arbeiterschaft. Die Weltwirtschaftskrise hat von allen Ländern der Welt Deutschland am meisten betroffen. Die Weltwirtschaftskrise ist nur zu weitern, wenn Deutschland als Herz dieser Krise zur Geländung kommt. Voraussetzung dazu ist die Beteiligung der ungeschützten und untragbaren Tributen, gute Regelung der internationalen Verhältnisse, Abkehr von überpannen Imperialismus und von der Unterbindung des notwendigen Güterausstausches.“

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erhebt erneut seine Forderungen auf beschleunigte Durchführung einer großzügigen Reichs- und Verwaltungsreform, insbesondere auch zur weitgehenden Senkung der überpannten Steuerlasten, der Befreiung des Doppelverdienens und Abbau der hohen Steuern. Weiter fordert er entsprechende Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft durch schnelle Senkung aller überhöhten Preise, insbesondere auch für Verkehrsmittel, Gas, Wasser, Elektrizität, paritätische Zusammenziehung der öffentlichen Wirtschaftskammern und Schaffung paritätischer Stellen zur Prüfung der Selbstkosten und Wirtschaftlichkeit der Unternehmen.

Der Hauptvorstoß stellt, daß die vierte Nationalversammlung der gesamten Arbeiterschaft außerordentlich schwere Opfer erleidet und keine gerechte Lastenteilung gebracht hat, die sich besonders in dem Ausnahmestück der Lohnfestsetzung für Bergarbeiter und Arbeiter öffentlicher Betriebe auswirkt. Diese neuerlichen unbilligen Härten, sowie auch die weiteren Verschlechterungen der Sozialversicherung müssen baldigst wieder beseitigt werden.

Wehr als je ist in dieser schweren Zeit die gewerkschaftliche Selbsthilfe dringendes Gebot der Stunde. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat ihre Aufgaben und ihre Verpflichtungen gegenüber Staat und Nation stets klar erkannt und erfüllt. Sie fühlt deshalb in dieser Notzeit die besondere Verpflichtung mit aller Energie und Hingabe für Gerechtigkeit und für die berechtigten Interessen der deutschen Arbeiterschaft zu kämpfen.\*

Der zweite Tag galt einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die Aussprache wurde eingeleitet durch ein Referat von Jakob Koller.

Sowohl in dem Referat wie auch in der Aussprache lebte etwas von leidenschaftlichen Kampfeswillen der ersten Lebensjahre und -jahre der christlichen Gewerkschaftsbewegung, sich aus der Kraft der Idee manhaft allen Mächten entgegenzustellen, die den Freiheits- und Aufstiegswillen der christlichen Arbeiterschaft irgendwie hehohen. Referat und Aussprache ergaben die einheitliche Erkenntnis, daß der Nationalsozialismus für die christliche Arbeiterbewegung etwas Wesensfremdes ist. Er steht sich mit dem Geiste christlicher Weltanschauung. Sein Diktaturwille widerspricht der innersten Freiheitsauffassung des deutschen Volkes. Und hinter ihm steht die christliche Arbeiterbewegung die Mächte der Reaktion, deren Weltanschauung die Beschränkung des Lebensraumes der Arbeiterschaft ist und bleibt.

## Wege und Methoden zur gewerkschaftlichen Erfassung der Arbeiterinnen

Darüber macht Franz Fischer im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften bemerkenswerte Ausführungen, die als wertvolle Ergänzungen unserer kurzen Hinweise im Mittelteil des Berichtes vom 10. Dezember 1931 gelten können.

Die Schriftleitung.

Die gewerkschaftliche Erfassung der Arbeiterinnen ist für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft von wachsender Bedeutung. Das ergibt sich schon aus der Zunahme der erwerbstätigen Frauen. Von 1907 bis 1925 wuchs die Zahl der männlichen Erwerbstätigen um 23,5 Prozent, die der weiblichen aber um 35 Prozent. 1925 waren von 14 494 000 beschäftigten Arbeitern 3 504 000, gleich 25 Prozent, weiblich. Schätzte man die Landwirtschaft aus, so blieben 11 827 000 Arbeiter, davon 2 450 000, gleich 20,7 Prozent, weiblich. Die Frauenerwerbstätigkeit bringt allmählich auch in ausgeprägten Männerberufen ein. So zählte man 1925 z. B. im Holzgewerbe 7,8 Prozent, in der Industrie der Steine und Erden 13,5 Prozent, in der Eisen-, Stahl- und Metallwarenerzeugung 15,5 Prozent, in der Chemischen Industrie 21,9 Prozent und in der elektrotechnischen Industrie 22,6 Prozent weibliche Arbeiter.

Nach Abschluß der Wirtschaftskrise wird mit einem weiteren Anwachsen der weiblichen Erwerbstätigen zu rechnen sein. Dafür sprechen eine Reihe von Gründen. Die zunehmende Technisierung der Arbeit und die damit Hand in Hand gehende Arbeitserleichterung begünstigen die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte. Auch deren besondere Eignung für Arbeiten, die Fingerfertigkeit, Handgeschicklichkeit, Feinheit, Geduld und Ausdauer erfordern, sowie ihre Feinheit und Willigkeit führen recht oft in bestimmten Gewerben zu einer bevorzugten Einstellung. Andererseits steigt die Verarmung breiter Volksschichten, Hausfrauen und Ehefrauen in verstärkter Weise zum Mithilfsberuf. Das in der Frauennwelt härter werdende Streben nach größerer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, die wachsenden Lebensansprüche, Beschränkung der Kinderzahl und die durch Wohnungsnot und Existenzunsicherheit erschwerte Haushaltsgründung kommen einer vermehrten Verwendung weiblicher Arbeitskräfte entgegen.

Demgegenüber läßt die gewerkschaftliche Erfassung der Arbeiterinnen und deren Mitarbeit in der Bewegung noch sehr zu wünschen übrig. Das Organisationsverhältnis ist bei den weiblichen Arbeitern erheblich schlechter als bei den männlichen. Legt man der Berechnung die Zahl der 1925 Beschäftigten und der Ende 1930 organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zugrunde, dann ergibt sich folgendes Bild: Von 10 929 500 männlichen Arbeitern waren insgesamt organisiert 4 834 310, gleich 44,2 Prozent, von 3 504 000 Arbeiterinnen 809 531, gleich 23,0 Prozent. Scheidet man die landwirtschaftlichen Arbeiter aus, so steigt der Prozentsatz der organisierten Arbeiter bei den männlichen auf 49,3, bei den weiblichen auf 31,9. In beiden Fällen aber ergibt sich ein für die Arbeiterinnen recht ungünstiges Bild. Ähnlich dürften die Verhältnisse in den einzelnen Berufsgruppen liegen. Bei Anwendung der gleichen Berechnungsmethode beträgt z. B. in der Textilindustrie der Prozentsatz der Organisierten bei den männlichen Arbeitern 48,1 und bei den weiblichen 36,1. Gewiß, diese Berechnungsmethode ist anfechtbar. Sie wurde gewählt, weil die Ziffern über die Ende 1930 beschäftigten Arbeiter nicht zur Hand waren. Das sich ergebende Organisationsbild aber kann man als richtig betrachten.

Wo sind nun die Ursachen für das schlechtere Organisationsverhältnis der Arbeiterinnen zu suchen? Zunächst sind solche traditionellen Vorurteile zu erwägen. Die Arbeiterin betrachtet die Fabrikarbeit vielfach als eine vorübergehende Episode. Daran vermögen Frauenüberfluß, erschwerte Heiratsermöglichungen und zunehmende Erwerbsarbeit verheirateter Frauen nicht viel zu ändern. In der Ehe vorzuziehen und sich dem naturgegebenen Beruf der Hausfrau und Mutter widmen zu können, bleibt Ziel des weiblichen Sehens. Die Folge ist leicht eine geringere Berufszuwendung und ein geringeres Interesse des Berufs- und Standesinteressen gegenüber und damit auch an der gewerkschaftlichen Organisation. Letzteres wird um so mehr der Fall sein, je weniger die Arbeiterin die Zusammenhänge zwischen Familienglied und Gewerkschaftsarbeit erkannt und die Größe der auch von der Arbeiterin zu erfüllenden Mission im Aufstiegsstreben der Arbeiterschaft erfasst hat.

Sinzu kommt, daß aus obiger Einstellung leicht die Auffassung herauswächst, daß die Sicherung der Familienexistenz und damit auch der Kampf um die Existenzbedingungen Sache des Mannes ist. Das führt dann zu einer gewissen Zurückhaltung der Arbeiterin gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation und der gewerkschaft-

lichen Arbeit. Die Frau ist ja auch weniger Kampfnatur. Ihr größter Lebenszweck ist die Mütterlichkeit, das Bestreben, umgeben. Es ist darum nicht verwunderlich, wenn sie in der gewerkschaftlichen Kampfzucht dem Manne den Vortritt läßt.

Zu beachten ist ferner, daß das Mädchen in der Familie recht oft einerseits geringere Berufschichtung bei der Berufswahl und der Berufsausbildung und andererseits eine härtere Freiheitsbeschränkung erfährt. Während die Jungen einem gelernten Beruf zugeführt werden, muß das Mädchen sich mit ungelerneter oder angelernter Arbeit begnügen. Seine Berufstätigkeit findet also von vornherein eine geringere Bewertung, das ist nicht geeignet, ein gesundes Selbstbewußtsein und eine gesunde Berufsauffassung auszulösen. Das Mädchen wird zu Hause in der Regel auch in der Verwendung seiner Freizeit kürzer gehalten als die Jungen; Grund dafür ist die stärkere Betätigung des Mädchens zu häuslichen Arbeiten. Das sind Momente, die natürlich auch in der gewerkschaftlichen Arbeit spürbar sind.

Fehlerquellen liegen aber auch in letzterer selbst. Wir sind zu wenig bestrebt, Inhalt und Form der gewerkschaftlichen Arbeit der Eigenart der Arbeiterin, ihrer Gefühlswelt und Lebensbestimmung anzupassen. Es fehlt vielfach an dem warmherzigen Sich-Einmischen in die täglichen Sorgen und Nöte der Arbeiterin in Betrieb und Verband. Das aber ist unerlässliche Voraussetzung für deren Erfassung. Wir sind auch zu wenig bemüht, die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit und deren Erfolge für Haushalt und Familie und damit für das künftige Schicksal der Arbeiterin als Hausfrau und Mutter herauszustellen. Erst wenn die Arbeiterin diese Verbundenheit erkannt hat, wird sie innerlich mit der Bewegung verwachsen. Wir haben ferner zu wenig betont, daß die Arbeiterin dauernd, also auch nach einem eventuellen Infolge Heirat erfolgenden Auscheiden aus dem Arbeitsverhältnis, wertvolle Mitarbeiter am Standesaufstieg zu sein hat. Ja, ihre Arbeit in der Familie, gleichviel, ob es sich um die Art der Einkommensverwendung, um die Pflege für das leibliche Wohl der Angehörigen, um die Pflege einer neuen Familienkultur oder um Erziehungsfragen handelt, ist für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung. Wenn wir das einmal selbst erkannt haben und diese Erkenntnis dann in unserer verbenden, bestehenden und erfüllten Arbeit der Arbeiterin gegenüber zum Ausdruck bringen, ist schon viel gewonnen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Aussprache wird in weiteren Zusammenkünften fortgesetzt werden. Ihr wesentlicher Sinn wird eine Bestimmung und Einigung auf die Eigenkraft der christlichen Arbeiterbewegung sein, die für den Kampf der Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes in der deutschen Not wirksam werden soll.

## Stegerwald über die Lohnfrage und Sozialpolitik

In einer großen Versammlung in Köln führte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald zur Lohn- und Sozialpolitik u. a. folgendes aus: Ueber die Lohnfrage herrscht gegenwärtig in Deutschland eine große Verwirrung. Sie ist nicht das Primäre in der deutschen Wirtschaftspolitik. Das Primäre ist vielmehr die Preisfrage.

In vielen Zweigen der Wirtschaft und in vielen Betrieben ist freilich bei der gegenwärtigen Gesamtverfassung der deutschen Wirtschaft ohne die Lohnfrage nicht an die Preisfrage heranzukommen, es sei denn, daß ein großes, unübersehbares Betriebssterben erfolgt mit vielen weiteren Bankzusammenbrüchen und mit einer weiteren großen Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

**Lohn- und Sozialpolitik**  
Können bei dem gegenwärtigen großen Weltmarkt einander und bei dem wirtschaftlichen und finanziellen Niedergang im Innern weniger denn je für sich allein gesehen werden.

In Arbeiterkreisen herrscht heute weitgehend die Auffassung, der Staat würde immer mehr zur Lohnsetzungsmaschine. Das ist eine sehr falsche Meinung.

Für den Staat gäbe es heute nichts einzuachtern, als zu erklären: Wir müssen uns in die Lohnverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nicht mehr einmischen, genau wie vor dem Kriege, sehen, wie sie miteinander fertig werden. Die Arbeitgeber wären mit solch einer These ohne weiteres einverstanden. Die Kommunisten auch.

Wenn also die Regierung das täte, was die breiten Kreise der Arbeitgeber und die Kommunisten wollen — allerdings aus entgegengesetzten Motiven heraus — dann wäre sie über viele Schwierigkeiten hinweg. Auf den Arbeitsminister würde dann nicht mehr 10 Prozent von dem geschimpft, wie es heute an der Tagesordnung ist.

Wie es bei 5 Millionen Arbeitslosen allerdings dann nach einem Jahr in Deutschland Lohn- und sozialpolitisch aussehen würde, steht auf einem anderen Blatt. Die einzigen, die an einem solchen Zustand Freude empfinden würden, wären die kommunistischen Drahtzieher, nicht die kommunistischen Arbeiter.

Weihnachten sagte ich in einem Artikel, daß der Reichsarbeitsminister gegenwärtig in der Hauptsache dreierlei wolle:

1. Unbedingte Aufrechterhaltung der Währungs- und Lohnstabilität. Wenn der Arbeiter zu wählen habe zwischen Lohnstabilität und Währungsstabilität, dann würde ihm die Wahl bestimmt nicht schwer fallen. Bei Währungsstörungen ist Anfang und Ausmaß im allgemeinen übersehbar. Bei einem Währungssturz sieht man den Anfang, nicht aber das Ende.

2. Erhaltung des kollektiven Arbeitsvertrages und des staatlichen Lohnschutzes während der größten Krisis eines Jahrhunderts, in deren Mittelpunkt Deutschland steht. Wir wollen nicht, daß Deutschland wieder politisch von einer dünnen Oberschicht regiert wird. Wir wollen auch nicht, daß der Arbeitgeber, insbesondere in der Großindustrie, wieder wie vor 1913 einzeln und willkürlich die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen zu bestimmen hat.

3. Den Kern der Sozialversicherung über die größte Krise, die die Sozialversicherung je zu bestehen hatte, hinüberzuleiten.

Diese drei Sätze bedeuten ein fundamentales Programm für die deutsche Arbeiterklasse. Wenn die Durchführung dieses Programms gelingt — und ich hoffe, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelingt —, dann bin ich der Überzeugung, daß in kurzer Zeit die Aufstellung in Arbeiterkreisen allgemein ist, daß der während der tiefsten Depressionsperiode amtierende Arbeitsminister Größeres und Schwereres zu leisten hat als je einer seiner Amtsvorgänger seit der Staatsumwälzung.

Daß daneben an der Lohnpolitik allerlei auszujucken ist, ist selbstverständlich zugeben.

Auch mir wäre es lieber gewesen, wenn man die neue Lohnbasis durch das Schlichtungswesen anstatt durch Gesetz hätte schaffen können.

Auch mir geht es nicht, daß Gemeindeglieder und Bergarbeiter sozialpolitisch sehr weit zurückgedrängt worden sind.

Wenn aber die Währungsstabilität und die Preispolitik gelingen soll — und diese waren das Größere, das Entscheidende, das Primäre —, dann mußte auch in der Lohnpolitik manches Unsympathische in den Kauf genommen werden.

## Lohnfestsetzungen

**Serrenschneiderei.** Die Branche war bei Inkrafttreten der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 tariflos. Es schwebte damals eine ganze Anzahl Schlichtungsverfahren vor den örtlichen Schlichtungsausschüssen, die jedoch infolge der Schwierigkeit der Materie nicht recht zum Ziel kamen. Vielfach erklärten die Arbeitgeber, sie wollten wieder einen zentralen Tarifvertrag, jedoch keine örtlichen Lohnfestsetzungen. In Berücksichtigung dieser Sachlage kamen die Hauptverbände der Arbeitgeberparteien überein, erneut den Versuch zu machen, einen Reichstarifvertrag zu schaffen. Als dann bei den folgenden Verhandlungen zwischen den Parteien immer noch eine Anzahl Streitpunkte blieben, wurde vereinbart, ein Kollegium von 3 Unparteiischen über die Streitfragen aufzustellen zu lassen.

Die Verhandlungen vor den Unparteiischen — Prof. Dr. Brahm, Stellvertreter des Schlichterkollektivs, an dem auch Landgerichtsdirektor Dr. Denecke — fanden am 20. 12. 1931 statt. Nach nochmaligen äußerst scharfen

und langwierigen Auseinandersetzungen füllten die Unparteiischen einen bindenden Schiedsspruch, welcher inzwischen den Ortsgruppen im Wortlaut mitgeteilt wurde. Infolge Raumknappheit können wir hier nur den materiellen Inhalt kurz skizzieren.

Der Mantelvertrag, mit Ausnahme des beruflichen Geltungsbereichs und des Positionsschemas, hat keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Das Positionsschema wurde mit den Veränderungen, welche die Parteien vorher beschlossen hatten und einigen im Schiedsspruch enthaltenen wieder in Kraft gesetzt. Der Abbau beträgt hier nach unserer Schätzung — berechnen läßt sich dies schlecht — 6 bis 8 Prozent im Durchschnitt; einige Stellen sind weit weniger, andere mehr gekürzt worden.

Das Lohnabkommen sieht nach dem Schiedsspruch folgende Seitenlöhne in den einzelnen Städtegruppen vor: I = 103, II = 98, IIIa = 95, IIIb = 87, IVa = 80, IVb = 78, Va = 73, Vb = 70, VIa = 66, VIb = 63 und VII = 60 Pfg.

In der Städtegruppeneinteilung tritt folgende Veränderung ein:

|  |  |
|--|--|
| Ausburg wird von Gruppe I in Gruppe II |  |
| Bielefeld " " IIIa " IIIb              |  |
| Florsheim " " IIIa " IIIb              |  |
| Trier " " IIIa " IIIb                  |  |
| Karlsruhe " " IIIa " IIIb              |  |

eingereicht, jedoch tritt für die Dauer dieses Lohnabkommens nur eine Senkung um 3 Pfg. von der bisherigen Städtegruppe ein.

Der Rahmentarif und die übrigen Abmachungen traten mit Wirkung vom 1. 1. 1932 in Kraft und laufen unförmlich bis 31. 12. 1932. Der Rahmentarifvertrag verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn er nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Der Lohnarif trat mit Wirkung vom 1. Januar 1932 in Kraft, und kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. August 1932 gekündigt werden.

**Namensänderung.** In dieser Branche spielten sich die Vorgänge zur Erneuerung des Tarifvertrages analog der in der Serrenschneiderei ab. Es bestand auf Arbeitgeberseite wenig Reluctanz, den Reichstarifvertrag zu erneuern. Erst nachdem die Geschäftsverbände zugestanden hatten, daß die Ziffer B 3 des Reichsschemas dergestalt geändert wird, daß vorgeschrittene Arbeiterinnen im 1. und 2. Jahre 60 Prozent und im 3. und 4. Jahre 70 Prozent aus Position B 1 erhalten, konnten die Streitfragen bezüglich der Namensänderung mit den anderen dem Kollegium der Unparteiischen zur Entscheidung unterbreitet werden.

Durch bindenden Schiedsspruch wurden die Spitzenlöhne wie folgt festgelegt:

|          |           |                 |
|----------|-----------|-----------------|
|          | a) männl. | b) weibl. Arbt. |
|          | B 1       |                 |
| Gruppe I | 112 Pfg.  | 83 Pfg.         |
| II       | 104 "     | 77 "            |
| IIIa     | 100 "     | 74 "            |
| IIIb     | 91 "      | 67 "            |
| IVa      | 85 "      | 63 "            |
| IVb      | 83 "      | 62 "            |
| Va       | 78 "      | 58 "            |
| Vb       | 75 "      | 56 "            |
| VIa      | 71 "      | 53 "            |
| VIb      | 67 "      | 50 "            |
| VII      | 64 "      | 47 "            |

Laufzeit und Kündigungsfrist sind sowohl beim Rahmenvertrag, als auch beim Lohnabkommen die gleichen, wie in der Serrenschneiderei. Die neuen Verträge befinden sich im Druck. Sie werden den Ortsgruppen in den nächsten Tagen zugehen.

**Uniformlieferung.** In der Uniformlieferungsgewerbelei hat der vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Löhne mit Wirkung vom 2. Januar 1932 wie folgt festgelegt. Stundenberechnungslöhne in Städtegruppe:

|    |     |      |      |    |     |      |       |
|----|-----|------|------|----|-----|------|-------|
| I. | II. | III. | IV.  | V. | VI. | VII. | VIII. |
| 79 | 76  | 72   | 67,5 | 66 | 61  | 57   | 55    |

Werktättarbeiter im Sinne des Reichstarifvertrages erhalten die ihnen am 10. Januar 1927 zugehenden Zeitlöhnenlöhne zuzüglich 10% und zwar in Städtegruppe:

|    |     |      |      |    |     |      |       |
|----|-----|------|------|----|-----|------|-------|
| I. | II. | III. | IV.  | V. | VI. | VII. | VIII. |
| 85 | 80  | 76   | 71,5 | 69 | 64  | 59   | 57    |

Diese Regelung ist ungenügend, war aber nicht zu verhindern, da der Schlichter auf Grund der ihm übertragenen Vollmacht die Löhne diktieren. Die neuen Löhne können erstmals vom 30. April 1932 gekündigt werden.

**Serrenschneiderei.** In der Serrenschneiderei hat der Schlichter die Veränderungen im Lohnsystem seit 1927 in etwa berücksichtigt, jedoch nach unserer Meinung nicht genügend. Nach der bindenden Entscheidung gelten ab 2. Januar 1932 folgende Löhne:

I. Stundenlöhne für Werkstättarbeiter.  
(Serie I bis 6.)

|               |    |      |    |      |           |
|---------------|----|------|----|------|-----------|
| a) Schneider: | 1  | 2    | 3  | 4    | 5         |
| Ortsgruppe:   | 84 | 75,5 | 70 | 67,5 | 64,5 Pfg. |

II. Heimarbeiter und Zwischenmeister.

|                         |    |      |    |      |           |
|-------------------------|----|------|----|------|-----------|
| a) Großlöhne und Loden: | 1  | 2    | 3  | 4    | 5         |
| Ortsgruppe:             | 84 | 75,5 | 70 | 67,5 | 64,5 Pfg. |

|               |      |      |      |      |           |
|---------------|------|------|------|------|-----------|
| Serie 1, 2, 3 | 84   | 75,5 | 70   | 67,5 | 64,5 Pfg. |
| Serie 4       | 80,5 | 73,5 | 67,5 | 65,5 | 62,5 Pfg. |
| Serie 5       | 77   | 70,5 | 64,5 | 62   | 60,5 Pfg. |
| Serie 6       | 71,5 | 69   | 62   | 61   | 59 Pfg.   |

|                      |    |      |    |      |           |
|----------------------|----|------|----|------|-----------|
| b) Hofen und Westen: | 1  | 2    | 3  | 4    | 5         |
| Ortsgruppe:          | 84 | 75,5 | 70 | 67,5 | 64,5 Pfg. |

|               |      |      |      |      |           |
|---------------|------|------|------|------|-----------|
| Serie 1 u. 2  | 84   | 75,5 | 70   | 67,5 | 64,5 Pfg. |
| Serie 3       | 80,5 | 73,5 | 67,5 | 65,5 | 62,5 Pfg. |
| Serie 4       | 77,5 | 70,5 | 64,5 | 62   | 60,5 Pfg. |
| Serie 5 u. 6. | 72   | 69   | 62   | 61   | 59 Pfg.   |

III. Zuschneider.

|                                  |       |       |       |           |
|----------------------------------|-------|-------|-------|-----------|
| Ortsgruppe:                      | 1     | 2     | 3     | 4         |
| a) in den ersten 6 Mon.          | 50,50 | 45,—  | 42,—  | 37,50 Mt. |
| b) nach 6-mon. Fkt. b. z. 1 Jahr | 52,—  | 47,—  | 43,50 | 39,50 Mt. |
| c) b. z. 2-jähr. Tätigkeit       | 57,—  | 51,—  | 48,—  | 43,— Mt.  |
| d) n. 2-jähr. Tätigkeit          | 62,—  | 54,50 | 50,50 | 48,50 Mt. |

## Fritz Günnewig 25 Jahre im Dienste des Verbandes

Unser Bezirksleiter für den 3. Verbandsbezirk, Fritz Günnewig, konnte am 1. Januar d. J. auf eine fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit im Dienste des Verbandes zurückblicken. Am 1. Januar 1907 wurde er durch das Vertrauen des Verbandsvorstandes auf seinen jetzigen Posten berufen. Wir wissen, daß wir nicht im Sinne des Jubilars handeln, wenn wir aus Anlaß des Jubiläums in größerer Abhandlung über seine Tätigkeit im Verbandsbereich. Dennoch halten wir es für unsere Pflicht, bei dieser Gelegenheit auszusprechen, daß der Verband im Kollegen Günnewig einen überaus fleißigen und pflichteifrigen Angestellten besitzt, der in rastloser und unermüdlicher Arbeit seinen Aufgaben gerecht wird. Sein lauterer Charakter, ruhiges und bescheidenes Wesen erwarben ihm Hochachtung weit über den Kreis der ihm unterstellten Mitglieder. Er ist einer der wenigen noch aktiv tätigen Angestellten in der Bewegung, die von der Rufe auf gedient haben. Schon vor der offiziellen Gründung unseres Verbandes war er Führer einer Gruppe Berufskollegen in Essen-Ruhr. Unter seiner Leitung wurde als eine der ersten Ortsgruppen im Verbandsbereich die Gruppe Essen gebildet. Bis zu seiner Berufung als Angestellter war er dessen Vorsitzender. Große Verdienste hat sich der Jubilar namentlich um die Ausbreitung unseres Verbandes im rheinisch-westfälischen Industriebezirk erworben, nicht erst als Angestellter, sondern auch schon um die Zeit, wo er ehrenamtlich für den Verband wirkte. Sein Wirken kann beispielgebend für alle Mitglieder sein.

Wir danken dem Kollegen Günnewig für seine Arbeit und wünschen und hoffen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch viele Jahre in guter Gesundheit für die Interessen der ihm anvertrauten Mitglieder wirken zu können. Seine bisherigen Erfolge in seiner Lebensarbeit mögen ihm Mut und Kraft geben, auch in diesen kritischen und schwierigen Zeiten hoffnungsfroh mit uns an der Gestaltung einer neuen und — so Gott will — einer besseren Zeit zu bauen.

Der Verbandsvorstand.

Mantelvertrag und Lohnabkommen in der Serrenschneiderei ebenfalls bis 30. April 1932.

**Sommerindustrie:** Für die Sommerindustrie (bap. Aggu ausgenommen) ist am 9. Dezember eine Vereinbarung getroffen worden, nach der keine Veränderungen am Rahmenvertrag vorgenommen werden. Die Zeitlöhne in dieser Branche betragen ab 2. Januar 1932 für:

- a) männliche Facharbeiter über 21 Jahre 85 Pfg.
- b) weibliche Facharbeiter über 21 Jahre 69 Pfg.
- c) Fachhilfsarbeiter und Hilfsarbeiter, männliche und weibliche, erhalten auf die bisherigen Tariflöhne einen Zuschlag von 15 Prozent.

Diese Vereinbarung mußte getroffen werden auf Grund der Antragslage, die durch die Wertschöpfung etwas günstiger war. Im ganzen genommen ist die Entscheidung als die Beste zu betrachten, wenn der Schlichter die Entscheidung zu treffen gehabt hätte.

**Woll- und Haarindustrie.** Durch Entscheidung des Sonderrichters wurden die Zeitlöhne nach dem Stande vom 10. Januar 1927 festgelegt. Im Hinblick hierauf haben sich die Vertragsparteien in freier Verhandlung über die Arbeitslöhne verständigt. Die Lohnabelle, sowie das Arbeitslohnabkommen sind den in Frage kommenden Ortsgruppen zugegangen.

In den Hauptbranchen ist damit wenigstens bis zum 30. April 1932 der Tarifriede gesichert. Das schließt nicht aus, daß auch jetzt noch versucht werden wird, unter Tarif zu bezahlen. Gegen untertarifliche Entlohnung muß sich jedes Mitglied zur Wehr setzen. Wir wissen aus verschiedenen Erfahrungen von Arbeitgebern, daß ihre Wünsche bezüglich Abbau der Löhne noch immer nicht befriedigt sind. Dem Bestreben nach weiterem Abbau darf von der Geschäftschaft unter keinen Umständen Nachsicht geleiht werden. Das würde aber der Fall sein, wenn sie untertarifliche Bezahlung ruhig über sich ergehen ließe. Darum schließt die Reichslei halber mehr denn je zusammen, damit nach Ablauf der jetzigen Verträge die Arbeitgeberchaft eine geschlossene Arbeitnehmerfront vorfindet, die in der Lage ist, Mäße auf weitere Verschlechterung der Lohnbedingungen zu durchkreuzen.

## Die Ergänzungsabkommen zum Reichstarifvertrag für die Maßschneiderei

Der Adas hat im letzten Sommer seinen Ortsgruppen empfohlen, die örtlichen Ergänzungsabkommen zum Reichstarifvertrag zu kündigen. Die Kündigung wurde auch durchweg vollzogen. Nun enthält der vom Kollegium der Unparteiischen am 20. Dezember 1931 gefällte bindende Schiedsspruch die Bestimmung, daß über die gekündigten örtlichen Ergänzungsabkommen örtlich zu verhandeln ist. Erfolgt keine Einigung, so bleibt die Entscheidung zentralen Verhandlungen unter einem Unparteiischen vorbehalten.

Der Adas nimmt in der Nummer 2/32 der „Rundschau“ zu dieser Sachlage Stellung. Er empfiehlt keinen Ortsgruppen, sofort an diese örtlichen Verhandlungen heranzugehen. Alle diejenigen Positionen, die jetzt zentral geregelt sind, müßten dabei aus den örtlichen Verhandlungen verschwinden; alle übrigen möglichst eingeschränkt werden. Das Letztere begründet er wie folgt:

Die Ausarbeitung des Reichstarifvertrages ist beratend reichhaltig, das es kaum noch unbedeutende Arbeiten geben kann. Wo örtlich trotzdem derzeitige Vereinbarungen bestehen, kann man ohne weiteres

annehmen, daß es nur auf ganz besonderen Druck, unter Ausübung einer früheren Hochdruckkultur, zu geben wurden, jumeist jedoch für heutige Zeiten eine ungerechtfertigte Entlohnung darstellten. Es ist demzufolge nicht zuletzt verlangt, wenn gefordert wird, daß sie ausgemerzt werden.

Kann man sich damit einverstanden erklären, daß alle jene Positionen aus dem britischen Abkommen gestrichen werden, die im Reichsstariftarifvertrag enthalten sind, so keineswegs mit der weiteren Forderung des Abn, auch die übrigen britischen Positionen auf ein Mindestmaß zu beschränken oder gar restlos zu beseitigen. Der Abn hat sich bei allen Tarifverhandlungen dagegen gestäubt. Positionen in den Reichsstariftarifvertrag hineinzunehmen, die Arbeiter betreffen, die nicht liberal gehalten werden, sollte man deshalb die Bezahlung jener Arbeiter, die wohl in einigen Städten, nicht aber überall gemacht wurden, nicht in das Ermessen der Arbeitgeber stellen, so blieb nichts anderes übrig, als die Entlohnung dafür örtlich festzulegen. Es war die Entlohnung der britischen Positionen und nicht anders. Deshalb ist es unbillig, die britischen Positionen mit einem Federstrich zu wippen.

Kritik ist auch die Begründung des Abn für seine oben genannte Forderung. Die jetzt aufständigen Ergänzungsabkommen kommen alle aus dem Jahre 1926. Damals hatten wir bekanntlich auch eine Wirtschaftskrise, wenn auch keine in dem Ausmaße, wie sie zurzeit besteht. Immerhin war es der Wohlstand im Jahre 1926 absolut unmöglich, einen „besonderen Druck“ auf die Arbeitgeber auszuüben, um die Ergänzungsabkommen bewilligt zu bekommen. Die Ergänzungsabkommen regeln zudem vielfach Arbeiten, deren Regelung dringendes Bedürfnis ist und im Interesse beider Teile liegt. Denken wir nur an die Regelung der Positionen für Amtsträger, die für manche Orte äußerst wichtig ist oder an die Festlegung der Arbeitszeiten für die jedoch, wenn sie Arbeitgeber belastet, während Anlaß zu Streitigkeiten geben. Man hätte deshalb schon erwarten dürfen, daß der Abn an die Erzielung der Verpflichtung aus dem Schiedspruch mit größerer Objektivität herangegangen wäre. So aber braucht man sich nicht zu wundern, wenn die „pro forma“ feststehenden britischen Verhandlungen in dieser Frage ausfallen wie das Hornberger Schiefen. Die Abhandlung darf diesen „Erfolg“ für sich buchen. Ob sie viel Freude daran haben wird, steht auf einem anderen Blatt.

### Fortbildungskursus für Konfektionsnäherinnen

Breslau, um den arbeitslosen Arbeiterinnen in der Herren-Konfektion eher die Möglichkeit zu geben, Arbeit in ihrem Berufe zu erhalten, hat sich unsere Ortsgruppe die Aufgabe gestellt, eine größere Meisterkraft in der Ausbildung der Arbeiterinnen zu fördern. Durch die Wagnahme der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Mittel für Fortbildungszwecke, ist zur Verhinderung zu helfen, was es uns in Breslau möglich, diese Aufgabe zu erfüllen. In dem Hause der christlichen Gewerkschaften wurde ein Schneiderwerkstatt errichtet und ein Ausbildungskursus abgehalten. Vom 16. November ab bis 31. Dezember dauert dieser Kursus. In demselben wurde der Teilnehmerinnen die Möglichkeit gegeben, ihre Berufskräfte zu erweitern, so daß sie in ihrem Beruf vielseitiger verwendet werden können. Es haben z. B. Solennnäherinnen, die nur die Handarbeiten an Hosen machen, auch die Maschinenarbeiten gelernt. Zweite Handnäherinnen lernten Knopfmacher machen, Handnäherinnen erlernten die notwendigen Maschinenarbeiten und Maschinennäherinnen die notwendigen Handarbeiten; die vorgeschrittenen Näherinnen lernten Zusammenlegen des Stückes, Aufziehen des Krautens, Einnähen der Kermel u. a. m. Außer dem praktischen Unterricht, den Schneidermeister Fritsch noch wurde auch theoretischer Unterricht in Stoff- und Materialkunde erteilt. Die Unterrichtsstunden fanden von früh 8 Uhr bis 2.30 Uhr statt. Es wurden wöchentlich 30 Stunden abgehalten.

Außer den planmäßigen Unterrichtsstunden wurde von der Singer-Nähmaschinen-A.G. ein Filmvortrag gehalten, welcher die Handhabung und Pflege der Nähmaschine behandelte und auch die Verwendung der verschiedenen Apparate zeigte. Zum Schluß wurde noch ein weiterer Filmvortrag „Feinleimmaschinen Schneidertube in Köln“ gebracht, welcher große Heiterkeit hervorrief. Neben enger Arbeit wurde auch Gesellschaft gepflegt. Die Kursthinnen wurden mehrmals zu geistlichen Veranstaltungen eingeladen und diese Abende machten ihnen viel Freude. In den Arbeitsstunden zeigten die Kursthinnen fast ausnahmslos reges Interesse an der Arbeit und hatten das Bestreben, recht viel hinzuzulernen. Aus diesem Grunde war auch der Besuch ein regelmäßiger und guter.

Am 20. Dezember fand in den Kursräumen, die recht nett mit Tannengrün und Blumen geschmückt waren, eine Ausstellung der im Kursus gefertigten Arbeiten statt. Zur Befestigung dieser Ausstellung waren die Vertreter des Landesarbeitsamtes, des Arbeitsamtes Breslau, der Gewerbeaufsichtsbehörde, der Berufsberatung und des Magistrats geladen und mit wenigen Ausnahmen erschienen. Nach der Begrüßung durch die Kursleiterin fand ein Rundgang durch die Ausstellung statt. Die Behördenvertreter und auch andere Teilnehmer an der Befestigung sprachen sich lobend und anerkennend aus.

Auch an dieser Stelle möchte ich der Singer-Nähmaschinen-A.G. für die großzügige und freundliche Bereitwilligkeit, die zur Abhaltung des Kursus notwendigen Nähmaschinen nebst den modernen Nähmaschinenfüßen und der Nähmaschinenbeleuchtung kostenlos zur Verfügung zu stellen, bestens danken. Dank gebührt auch unserem Lehrmeister, Herrn Fritsch, der es vorzüglich verstanden hat, den Kursthinnen in jederzeit freundlich, aber bestimmter Art die Kenntnisse zu vermitteln.

Der 20. Dezember führte dann am Abend die Kursthinnen gemeinsam mit der Jugendgruppe anderer Verbände zu einer netten Weihnachtsfeier zusammen. Zu dieser Feier hatte in hochherziger Weise Herr Stadtrat Caffe die Weihnachtsfeier gegeben.

Konfektionsnäher: Köhler, Gerschhaus u. G.

Es wäre nur zu wünschen und zu hoffen, daß die Kursthinnen erlernten Fertigkeiten bald verwenden könnten. Dieses könnte am besten dadurch geschehen, daß die Teilnehmerinnen bald Arbeit vermittelt erhalten, damit sie ihren Berufsweg und ihre Berufstreu nicht verlieren.

Maria Viehich.

### Gegen eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen

Die Konjungenoffensivisten als Vertreter der Verbraucherinteressen haben von jeher in den Reparationen eine untragbare Belastung der breiten Schichten des deutschen Volkes gesehen. Der Gesamtverband des Reichsverbandes deutscher Konjungenvereine, Köln, ist in seiner letzten Sitzung folgende Entschliessung:

Das Reichsamt Gutachten hat trotz aller politischen Gegenwirkungen ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland nicht mehr in der Lage ist, noch weitere Reparationszahlungen zu zahlen. Der Bericht stellt weiter klar und deutlich fest, daß Deutschland alle nur fragbaren Opfer gebracht hat, um seine Verpflichtungen zu erfüllen und daß ihm weitere Opfer nicht mehr zugemutet werden können. Des weiteren wird festgestellt, daß die Opfer, die den besitzlosen Schichten durch die Notverordnungen der letzten Zeit auferlegt worden sind, ein Ausmaß angenommen haben, das selbst eine menschenwürdige Ernährung des öfteren in Frage gestellt hat.

Der Reichsverband deutscher Konjungenvereine e. B., dem dreizehntausend Verbraucherfamilien angeschlossen sind, erhebt deshalb entschieden Einspruch gegen eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen. Die kommende Regierungskonferenz muß endlich das deutsche Volk von diesen untragbaren Lasten befreien, denn nur eine völlige Befreiung kann die deutsche und die gesamte Weltwirtschaft wieder in gesunde Bahnen führen.

Keine deutsche Regierung, gleich welcher Zusammensetzung, kann die Verantwortung für die mit erneuerter Aufnahme der Reparationszahlungen verbundene Verschärfung und Stabilisierung der Krise tragen. Das deutsche Volk hat nach den ungeheuren Reparationsleistungen das unveräußerliche Recht, ein von allen Einschränkungen und Lasten befreites, freies, gleichberechtigtes Volk zu sein.

### Keine Neuwahl der Betriebsräte

Im sechsten Teil der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931, Kapitel II, ist die Reichsregierung ermächtigt worden, die Amtsdauer derjenigen Verordneten, die nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsnotstands- und des Reichsnotstandsgesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verlängern.

Die Reichsregierung hat nun am 14. Dezember 1931 bezüglich des Betriebsrätegesetzes nach dem Betriebsrätegesetz folgendes bestimmt:

Die Amtsdauer der nach §§ 18, 19, 51, 54 des Betriebsrätegesetzes gewählten Mitglieder einer geleiteten Betriebsvertretung und der nach § 58 des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsbeamten, die im Kalenderjahr 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, verlängert sich um ein Jahr. Das gilt auch für Mitglieder der nach § 61 des Betriebsrätegesetzes gebildeten Betriebsvertretungen. Es gilt nicht für die Mitglieder einer nach § 62 des Betriebsrätegesetzes gebildeten Vertretung der Arbeitnehmer.

Betriebsrätewahlen finden also im Jahre 1932 nicht statt, soweit sich diese aus dem normalen Ablauf der Amtsperiode ergeben würden.

### Evangelische Arbeiterkurse

veranstaltet die Evangelisch-soziale Schule e. V. auch in diesem Winter wieder. Der nächste Lehrgang beginnt am 1. 2. 1932 im Spandauer Johannisstift. Er steht wie seit 5 Jahren unter der Leitung von Dr. v. Viehbach und Arbeitersekretär Hüller.

Die Teilnehmer werden in das Wesen der heutigen Weltanschauungstypen vom Boden des biblisch-evangelischen Glaubens aus eingeführt, ebenso in das Wesen der Wirklichkeit unter besonderer Berücksichtigung der augenblicklichen Weltwirtschafts- und Reparationskrisis. Ferner wird eine umfassende Kenntnis der Geschichte und heutigen Gestaltung der Arbeiterbewegung (interprofessionellen und konfessionellen) sowie der Sozialversicherung und des Arbeitsrechtes erarbeitet. Daneben werden staatsbürgerliche Grundfragen vom überparteilichen Boden der Schule aus behandelt.

In diesem Jahre werden neben diesem gewöhnlichen Arbeitsstoff noch besonders die geistlichen und sachlichen Grundlagen des Arbeitsdienstes und der Erwerbslosen-siedlung eingehend behandelt. Die Kursarbeit geschieht in Vorträgen und gründlicher Stoffbearbeitung in Aussprache, schriftlichen Ausarbeitungen und Redebungen. Die abgeschlossene schöne Lage des Johannisstiftes im Spandauer Stadtwald erleichtert die frische Arbeitskonzentration, Unterbringung und Verpflegung erfolgt im Johannisstift.

Als Teilnehmer sind evangelische Arbeiter im Alter von etwa 20 bis 35 Jahren willkommen, die sich schon in praktischer Ständearbeit in Gemerkschaft und Arbeiterverein bzw. Jugendverein usw. bewährt haben.

Anmeldungen und Auskunft bei der Evangelisch-sozialen Schule, Spandau, Johannisstift.

### RUNDSCHAU

Die Goldbestände in den wichtigsten Ländern pro Kopf der Bevölkerung

Drei Fünftel des gesamten Goldbestandes der Welt besitzen die Vereinigten Staaten und Frankreich. Ihr Goldbestand wird erst ganz offensichtlich, wenn man ihn auf den Kopf der Bevölkerung umrechnet. In Frankreich kamen auf den Kopf der Bevölkerung an Goldbeständen 1895 = 84 M., 1913 = 160 M., 1928 = 76 M.

Köln. Verantwortlich für die Redaktion: S. Baillen; für den Verlag: S. Boller; beide in Köln.

und 1928 = 236 M.; in den Vereinigten Staaten 1895 = 38 M., 1913 = 82 M., 1928 = 160 M., 1931 = 170 M.; dagegen in England 1895 = 61 M., 1913 = 87 M., 1928 = 70 M., 1931 = 73 M.; und in Deutschland 1895 = 53 M., 1913 = 63 M., 1928 = 8,36 M., 1931 = 20 M.

Der Arbeitnehmerverband des Fein- und Haarsekors (spanische Richtung) hat durch Abstimmung beschlossen, sich am 1. 1. 1932 dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe des Fein- und Haarsekors anzuschließen. Er bietet nach erfolgtem Anschluß eine besondere Veranstaltung innerhalb des größeren Verbandes. Die Gruppe zählt etwa 3700 Mitglieder.

### „Die Kunstschau“

das Organ des Reichsverbandes des Deutschen Schneidergewerbes und des Abn, im Anfang Dezember von Bismarck nach München verlegt worden. Sie erscheint wieder wie früher in Pestform. Das „Deutsche Schneiderfachblatt“, Leipzig, und die Zeitschrift „Elegante Herrenmode“, München, haben sich mit der „Kunstschau“ vereinigt. Die Anschrift lautet: „Kunstschau“, München, Schellingstraße 37.

### Völlig überflüssig

Es ist durchaus ersichtlich, daß die Reichsbahn Schülern und Studenten 30 Prozent Fahrpreisermäßigung gewährt. Aber nicht für die zweite Klasse gewährt wird. Wenn der Vater seinen Sohn zweiter Klasse fahren lassen will, soll er beiden Klassen auch ganz bezahlen. Die Gesamtheit hat ganz bestimmt kein Interesse daran, daß diesen jungen Menschen schon in der Jugend die richtige Auffassung beigebracht wird, daß sie etwas „Besseres“ sind. Nun müßten wir sie es einschämen abnehmen, daß die Zahlung eines solchen Fünftels auch noch auf ihre Kosten geschieht. Der öffentliche Mittel für sich in Anspruch nimmt, der sollte sich mit der Selbstliebe behelfen. Auch die ungenügenden, die in der Wahl ihres Vaters überhaupt bestanden waren, für sie wäre es auch, pädagogisch gesehen, höchst heilsam, wenn sie mit ihren anderen Mitbürgern in der dritten Klasse zusammenfahren und ihnen dabei großzügig zum Bewußtsein fände, daß geringe Lebenskosten keineswegs identisch ist mit der Höhe des Monatslohens, der sie zu beziehen haben.

### Beitragsleistung

Vermehrte Ausgaben der Hauptkasse für Unterstützungen in der Krisenzeit und Ausfall von Volkbeiträgen bei einer großen Anzahl arbeitsloser Mitglieder machen es zu einer unbedingten Notwendigkeit, daß alle in Arbeit stehenden Mitglieder ihre Beiträge reiflich und in vorgeschriebener Höhe leisten. Erleichtert Euch die Beitragsleistung dadurch, daß Ihr die Beiträge wöchentlich an die Vertrauensleute abfuhrt.

Der vierte Wochenbeitrag ist fällig am 23. Januar, der fünfte am 30. Januar, der sechste am 6. Februar, der siebte am 13. Februar.

### GEDENKTAFEL



Es starben unsere treuen Mitglieder

Luise Gräßhaber, Augsburg,  
Heinrich Horiz, Speyer,  
Willy, Premhöfen, Krefeld.

Kollege Horiz war Gründungsmitglied der Ortsgruppe und gehörte dem Verbande über 25 Jahre an. Wir werden dem lieben Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

### Tüchtiger Rodarbeiter

als Teilhaber gesucht. — Offerte unter O. 1002 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

### Private Zuschneide-Schulen der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland u. Westfalen Sitz Köln

Erstkl. Ausbildung in der Damen- und Herrenschniderei durch neuzeitlich eingestellten Unterricht / Beginn neuer Kurse an jedem 1. u. 16. im Monat. Schnellkurse nach Uebereinkauf/Verlag von Modenblättern, Fachzeitschriften, Lehrbüchern, Schnittmuster-Versand

Prospekte gratis durch die Geschäftsstellen  
**Schule Köln, Neumarkt 27-29**  
**Rundschau Fachlehranstalt**  
**Wuppertal-Eibfeld, Luisenstr. 18-20**

Köln. Verantwortlich für die Redaktion: S. Baillen; für den Verlag: S. Boller; beide in Köln.